

Lfd. Nr.	Dez.	Amt	Teil-HH	Vorschlag	Betrag 2012	davon umgesetzt	Betrag 2013	Betrag 2014	Betrag 2015	Bemerkungen
Ergebnisse der Konsolidierungsmaßnahmen 2012										
1	I	-10-	10011	Schließung von Bezirksstellen	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	Im ersten Schritt wurde Ende 2011 die Bezirksstelle Ost geschlossen.
2	I	-11-	div.	Stellenabbau - Wegfall von insgesamt 90 Stellen bis 2010 im Rahmen aufgabenkritischer Betrachtungen - Modell Minus Neunzig (MMN)	3.746.880	3.419.040	3.515.040	3.515.040	3.515.040	Bis zum Abschluss des Modells in 2010 wurde ein Konsolidierungspotenzial im Umfang von 78,06 Stellen identifiziert; dies entspricht einem Erfüllungsgrad von 86,7%. Im Rahmen des Beitritts unter den Schutzschirm wurde ein Teil des ursprünglich hier angerechneten Potenzials auf den Entschuldungsfond übertragen, so dass jetzt noch von einem Umfang von 73,23 Stellen ausgegangen werden kann. Bei einem Durchschnittswert von 48.000 € pro Stelle wird daher für die Jahre 2013 ff. ein Höchstbetrag von 3.205.350 € angenommen. Bis Ende 2012 waren vom identifizierten Einsparpotenzial 71,23 Stellen tatsächlich umgesetzt.
3	I	-11-	div.	Überprüfung der Wirtschaftlichkeit bei Altersteilzeitmaßnahmen (ATZ)	470.000	537.500	470.000	470.000	470.000	Zum 01.01.2006 sind die Bedingungen für die Wiederbesetzung von Stellen bei der Inanspruchnahme von Altersteilzeit verändert worden. Je nach Dauer der Arbeits- und Freizeitphase der Altersteilzeit verlängert sich der Zeitraum, den die Stelle vor einer Wiederbesetzung frei bleiben muss. Zur weiteren Erläuterung wird darauf hingewiesen, dass es sich bei diesen Beträgen nicht um echte Einsparungen handelt. Vielmehr werden durch diese Sperrfrist die Mehrausgaben, die durch die Inanspruchnahme von Altersteilzeit entstehen, zum Teil kompensiert, d. h. die Kosten für die Stadt Kassel wären um den oben genannten Betrag höher, wenn die Stellen sofort nachbesetzt worden wären.

4	I	-11-	div.	Verschärfung des kriteriengeleiteten Stellenbesetzungsverfahrens (KBV)	660.000	365.770	660.000	660.000	660.000	Als Konsolidierungsbeitrag der gesamten Verwaltung wurde in 2002 eine Verschärfung des kriteriengeleiteten Stellenbesetzungsverfahrens (KBV) insoweit vorgenommen, als dass für externe Besetzungen im Grundsatz 6 Monate Sperrfrist verhängt wurden. Diese Sperrfrist wurde in 2011 auf 9 Monate erweitert. Wegen in mehreren Einzelfällen begründeter Verkürzungen der Sperrfristen wurde das Ziel für 2012 nicht vollständig erreicht.
5	I	-11-	11002	Optimierung EDV-Einsatz: 70.000 € (bis 2013)	70.000	70.000	70.000	0	0	Die Ablösung des Bürokommunikationssystems "Groupwise" durch Outlook generiert Ersparnisse bei den Lizenzgebühren in Höhe von jährlich 70.000 € bis 2013. Eine weitere Extrapolation der Einsparungen über 2013 hinaus ist nicht sinnvoll begründbar, es fehlt an einem geeigneten Vergleichmaßstab.
6	I	-11-	11002	Entgeltpauschalierung ekom 21	174.000	204.000	174.000	292.840	292.840	Mit der ekom21 wurde in 2013 die Fortsetzung einer Vereinbarung abgeschlossen, die eine Umstellung der Entgeltzahlungen von einer fallzahlorientierten Bemessung zu einer pauschalen Regelung zur Folge hatte. Dadurch werden im Budget des Personal- und Organisationsamtes jährlich 225.840 € eingespart (NSK: 205.000 €, LOGA: 15.840 €, EWO: 5.000 €); auf das Budget des Ordnungsamtes entfallen für das Kfz-Zulassungsverfahren jährlich 67.000 € (jeweils im Vergleich zu einer Abrechnung auf Basis der Fallzahlen aus 2008). Gleichzeitig entstehen bei der ekom21 Synergieeffekte, die der Stadt Kassel in Form einer jährlichen Gutschrift vergütet werden. Dieser Teil der Einsparung ist fallzahlabhängig und nicht steuerbar. Seit 2011 wurden hierfür 30.000 € jährlich gutgeschrieben.

7	I	-11-	11005	Reduzierung des Eintrages im Öffentlichen Telefonbuch	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	Die Einrichtung des Servicecenters als erste Anlaufstelle für Telefonanrufe hat zur Folge, dass eine breite ämterbezogene Darstellung der Stadtverwaltung im Öffentlichen Telefonbuch nicht mehr nötig ist. Die Kosten für den Eintrag reduzieren sich damit dauerhaft von ca. 30.000 € auf ca. 15.000 €.
8	I	-11-	640	Einsparung von Personalkosten durch Auflösung des Wohnungsamtes	318.700	325.400	325.400	325.400	325.400	Durch Auflösung des Wohnungsamtes werden die Stellen von Amtsleiter/in und Amtsleitersekretär/in eingespart. Der Wegfall der Fehlbelegungsabgabe führt außerdem zu weiteren Personalkostenreduzierungen im Umfang von 3,5 Stellen.
9	I	-41-	41001	Staatstheater	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	Dauerhafte Entlastung über kommunalen Finanzausgleich.
10	I	-41-	41001	Kürzung der Förderverträge, grds. um 10%	37.000	37.000	37.000	37.000	37.000	Die ab 2008 vereinbarte pauschale Kürzung von Projektmitteln in Höhe von 37.000 € wird auch in den Folgejahren konsequent eingehalten. Somit wird eine dauerhafte Einsparung erzielt.

11	I	-41-	41002	Musikschule	480.000	80.445	60.000	60.000	60.000	Die ehemals städtische Musikschule wird seit dem 1. Januar 2001 als Verein geführt. Die städtische Belastung betrug im Jahr im Basisjahr 2001 insgesamt 278.000 € (städtischer Personal- und Sachkostenzuschuss + Personalausgaben SN 1 - Gebühreneinnahmen). Sofern bei der städtischen Belastung des Basisjahres 2001 fiktiv die bis heute erfolgten Tarifierungen für Ausgaben für städtische Lehrkräfte und den Zuschuss für Personal- und Sachkosten berücksichtigt würden, ist in den Jahren 2001 bis 2009 insgesamt eine fiktive Kosteneinsparung in Höhe von 458.200 € eingetreten. Für die Jahre 2010 - 2012 erhöht sich die fiktive Einsparung um weitere 180.700 €. Fiktive Gesamteinsparung seit 2001-2012 638.900 €. Im Jahr 2012 wurde noch der kumulierte Betrag in Höhe von 480.000 € aufgeführt. Die jährliche Einsparung beträgt jedoch nur ca. 60.000 €.
12	I	-41-	41005	Stadtbibliothek	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	Bereits im Haushaltskonsolidierungskonzept 2006-2009 (Beschlussfassung Januar 2006) wurden 4.000 € Einsparung durch Optimierung von Arbeitsabläufen in der Stadtbibliothek als umgesetzt benannt. Ursächlich für die Einsparung war, dass der Transport der Medien zwischen der Zentrale und den verschiedenen Zweigstellen seitdem mit eigenem Personal erfolgt. Die Einsparung dieses Betrages ist fortzuschreiben.
13	I	-41-	41005	Einsparung von Stellenanteilen innerhalb der Stadtbibliothek	71.500	71.500	71.500	71.500	71.500	Aufgrund des Verzichts von befristeten Stellenanteilen konnte ab 2011 eine Vollzeitstelle eingespart werden. Kostenersparnis laut Arbeitsplatzkostentabelle = 71.500 € pro Jahr (Mittelwert EG 6/EG 9 TUI-Arbeitsplatz inkl. Sach- und Gemeinkosten).
14	I	-41-	41005	Artothek - Einführung einer kostendeckenden Entleihgebühr	2.800	2.790	2.800	2.800	2.800	Die Artothek ist seit März 2007 in die Stadtbibliothek integriert.

15	II	-20-	90001	Anpassung der Spielapparatesteuer an die aktuelle Rechtsprechung	400.000	436.000	400.000	800.000	800.000	Änderung der Spielapparatesteuersatzung. Mehreinnahmen wurden erreicht. -ab 2012 jährliche Erhöhung um 400.000 € wegen Wegfalls des Höchstbetrages. -ab 2014 weitere 400.000 € Erhöhung aufgrund einer Anhebung des Steuersatzes von 12% auf 15%.
16	II	-20-	90006	Kasseler Sparkasse - Gewinnabführung	2.740.000	2.525.250	2.735.688	2.700.000	2.700.000	Auch in 2012 wurde die jährliche Ausschüttung vereinahmt.
17	II	-20-	90006	Konsolidierungsvertrag Kasseler Verkehrs- und Versorgungs GmbH - Reduzierung des städtischen Zuschusses	10.800.000	10.800.000	10.800.000	10.800.000	10.800.000	Die Ziele des Konsolidierungsvertrages zur Reduzierung des städtischen Zuschusses wurden eingehalten. Den Vorgaben der Kommunalaufsicht entsprechend wird auch bei zukünftigen Vertragsverhandlungen an weiter verbesserten Zahlungsbeziehungen für die Stadt Kassel gearbeitet.
18	II	-20-	90006	Zuschussreduzierung an wirtschaftlichen Beteiligungen	150.200	150.200	150.200	150.200	150.200	Die Zuschussreduzierungen wurden 2012 umgesetzt. Abhängig von realen Kostensteigerungen, strukturellen Einflüssen sowie gesetzlichen und vertraglichen Aufgabenerweiterungen kann ein steigender Finanzbedarf bei einzelnen Gesellschaften nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden.
19	II	-20-	90006	Gewinnausschüttungen aus Beteiligungen	100.000	589.629	300.000	350.000	300.000	Gewinnausschüttung aus Beteiligungen - Klinikum - Parkhausgesellschaft siehe auch die Textpassage unter lfd. Nr. 19 2014: Ertrag EFN (Entsorgung für Nordhessen)-Einmalzahlung
20	II	-20-	90003	Verzinsung des Eigenkapitals der Eigenbetriebe	810.000	810.680	810.000	810.000	810.000	Einsparung 2012 wurde erreicht.

21	II	-23-	90005	Ausweisung von Bauland für privaten Wohnungsbau	1.800.000	2.444.000	zu erwarten: 1.000.000	700.000	1.000.000	Aufgrund der anhaltend hohen Nachfrage nach städtischen Wohn- und Gewerbegrundstücken wurden in 2012 erhebliche Mehrerträge erzielt. Zum Teil wurde mit einem Verkauf dieser Flächen erst in 2013 und später gerechnet. Desweiteren begründet sich die Reduzierung der für 2013 und 2014 zu erwartenden Erlöse auch in dem mangelnden Angebot an städtischen Gewerbeflächen.
22	II	-50-	50001	Kündigung eines Mietvertrags	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	Bereits umgesetzt. Kündigung des Mietvertrags für eine „Aids-Wohnung“.
23	II	-50-	50001	Eingliederungshilfe, Behindertenfahrdienst	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	Die Leistungsgewährung wurde auf Pauschalen umgestellt. Der Betrag wurde erreicht.
24	II	-50-	50002	davon: Reduzierung Ausgaben der Kriegsoferfürsorge	280.000	369.806	500.000	500.000	500.000	Durch die Beauftragung des LWV zur Abwicklung der KOF-Leistung für die Stadt Kassel werden erhebliche Synergieeffekte erreicht. Zum einen im Bereich der Transferleistungen und zum anderen im Bereich der Personalkosten. Für die Folgejahre wird im Vergleich zu 2006 mit steigenden Konsolidierungsbeträgen gerechnet. Ab 2013 ist der LWV originär für die Leistung zuständig, so dass der bisherige Kostenausgleich entfällt.
25			50002	davon: Reduzierung Ausgaben der Schuldnerberatung	76.685	76.685	76.685	76.685	76.685	Die Umstellung auf Einzelabrechnungen für den Bereich des SGB II und SGB XII ist abgeschlossen. Keine Zuschussgewährung mehr.
26			50002	davon: Kürzung Globalbudget Freiwilligenzentrum	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	Ab 2008 Änderung des Vertrags nach Prüfung der Verwendungsnachweise. Anpassung an den nachgewiesenen Bedarf.
27			50002	davon: Kürzung Globalbudget	1.785	1.785	1.785	1.785	1.785	keine Vertragsverlängerung

28	III	-32-	32001	Einrichtung einer gemeinsamen Ausländerbehörde Stadt und Landkreis Kassel	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000	Im Rahmen der Fusionierung der Ausländerbehörden von Stadt und Landkreis Kassel wird ab dem Jahr 2008 durch direkte Synergiegewinne der Zuschussbedarf des Ordnungsamtes zum Betreiben der Ausländerbehörde um 45.000 € reduziert. Durch bessere Auslastung von vorhandenen Ressourcen kommt es ab dem gleichen Zeitraum innerhalb der kompletten Stadtverwaltung zu weiteren Synergieeffekten, die jedoch nicht beziffert werden können.
29	III	-32-	32003	Zusammenlegung der Kfz-Zulassungsstellen	436.000	495.629	570.000	531.000	531.000	Die Maßnahme wurde umgesetzt; der erbrachte Betrag 2012 konnte durch Reduzierung von Aufwendungen noch erhöht werden. Die Reduzierung des Betrages ab 2014 ergibt sich u. a. aus der Umstellung und Abrechnung der IT-Betreuung (siehe Textpassage unter lfd. Nr. 29). Unter der Voraussetzung, dass es keinen starken Einbruch bei den Zulassungszahlen gibt und das Niveau im Jahr 2013 auf dem Stand von 2012 bleibt, wird mit dem entsprechend genannten höheren Konsolidierungsbetrag gerechnet.
30	III	-37-	37001	Gebührentatbestand "Vorbeugender Brandschutz"	100.000	0	100.000	100.000	100.000	Es soll in die Gebührensatzung ein neuer Gebührentatbestand "Vorbeugender Brandschutz" aufgenommen werden. Die Satzung ist vorbereitet. Die Prüfung der steuerrechtlichen Fragen (wirtschaftliche Betätigung der Kommune/Konkurrenz zu priv. Anbietern) ist noch nicht abgeschlossen.
31	III	-52-		Steuerliche Behandlung Auestadion	nicht bezifferbar	335.566	nicht bezifferbar	nicht bezifferbar	nicht bezifferbar	Die Erstattungsbeträge der Vorsteuer sind abhängig von der Höhe der Investitionen und können daher stark schwanken. Da die wesentlichen Investitionen im Stadion nunmehr abgeschlossen sind, können hier nur noch geringe Erträge erzielt werden. Ab 2015 wird auf die weitere Darstellung der Position verzichtet.

32	V	-40-	40001	Zahlung von doppelten Gastschulbeiträgen im Gymnasialbereich	300.000	569.745	300.000	300.000	nicht bezifferbar	Aufgrund des Schulsystemwechsels G8/G9 können für die folgenden Jahre ab 2013 keine verlässlichen Aussagen getroffen werden. (siehe auch die Textpassage unter lfd. Nr. 32).
33	V	-51-	51004	Fallzahlreduzierung im Allgemeinen Sozialen Dienst durch intensive Steuerungsmaßnahmen	Betrag noch nicht ermittelt!	1.300.000				Aufgrund von intensiven Steuerungsmaßnahmen konnte ein Rückgang der Fallzahlen sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich erreicht werden. Aussagen über die Auswirkungen auf spätere Jahre können jedoch noch nicht getroffen werden. Es ist aber mit dauerhaften Einsparungen zu rechnen (siehe auch Textbeitrag Nr. 4)
34	V	-53-	530	Gesundheitsamt - Zusammenlegung der Gesundheitsämter Stadt / Landkreis - Aufgabenkritische Untersuchung des Amtes mit dem Ziel der Kostenminimierung	440.000	615.000	440.000	440.000	440.000	Ab 2008 resultiert aus aufgabenkritischer Untersuchung und Fusion ein Konsolidierungsbetrag von jährlich ca. 440.000 €. Im Jahr 2012 konnte der Zuschussbedarf durch zusätzliche Einnahmesteigerungen und geringere Aufwendungen im Rechnungsergebnis um weitere 175.000 € verringert werden.
35	VI	-65-	65001	Gebäudewirtschaft In den Bereichen - Eigen- und Fremdreinigung - Hausmeisterdienste - Vertragsmanagement - Winterdienst - Hochbauwerkstatt/Rathauswerkstatt - Schadensfallbearbeitung können durch die Gebäudewirtschaft Einsparungen erzielt werden	70.000	153.000	33.000	29.000	34.000	Wesentliche, managementbedingte Konsolidierungsbeiträge der vergangenen Jahre sind realisiert. Weitere Optimierungen werden vorgenommen, so dass auch in den Folgejahren Einsparungen erzielt werden können. Diese erreichen jedoch nicht die Größenordnung der vergangenen Jahre.
								47.000	52.000	Neu aufzunehmen sind Einsparungen im Bereich Hausmeisterdienste und Vertragsmanagement BTO ab 2014.

36	VI	-66-	66004	Privatisierung der sog. "kleinen Parkhäuser"	4.700	0	0	4.700	4.700	Bisher konnte lediglich das Parkhaus Philopsophenweg verkauft werden. Hierdurch werden Verwaltungskosten von jährlich rund 2.200 Euro eingespart. Bzgl. der Privatisierung der Parkhäuser in der Twernegeasse, im Philipp-Scheidemannhaus sowie Obere Karlsstraße konnten noch keine Käufer gefunden werden. Zwar werden die Bemühungen fortgesetzt, ein Verkauf erscheint jedoch derzeit nicht realistisch.
37	VI	-67-	67003	Optimierung der Abfallentsorgung	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	Die Mittel konnten in der geplanten Höhe eingespart werden.
38	VI	-67-	670	Optimierung der Laubbewirtschaftung	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	Bisher wurde das Laub in Grün- und Parkanlagen aufgenommen und entsorgt. Durch den geänderten Einsatz vorhandener Mäh- und Mulchtechnik kann das Laub in den größeren Anlagen verbleiben.
39	Magistrat		80101	Kulturpreis Deutsche Sprache	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	Wird durch Drittmittel finanziert.
Zwischensumme bisheriger Maßnahmen:					25.757.250	28.003.420	23.820.098	24.991.950	24.951.950	
Konsolidierungsvorschläge ab 2012										
40	I	-11-	11002	Einführung e-learning	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	Mit der Umstellung auf Windows 7 und Office 2010 wird erstmals e-learning in großem Umfang eingesetzt. Damit werden Sachkosten für Schulungsmaßnahmen im IT-Bereich eingespart. Der Initialaufwand kompensiert die Spareffekte in 2011; ab 2012 werden jährlich 25.000 € an Fortbildungskosten dauerhaft eingespart. Die bisherigen Einsparungen in 2012 liegen genau im Rahmen der Schätzung.
41	I	-41-		Wegfall der Stelle des ehemaligen Leiters der Stadtbibliothek	71.500	0	0	0	0	Die Stelle des Leiters der Stadtbibliothek konnte bei -41- eingespart werden. Jedoch wurde für den ehemaligen Leiter der Stadtbibliothek eine neue Stelle bei -10- eingerichtet, so dass es zu keiner Einsparung gekommen ist. Auf die Darstellung dieser Position kann ab 2015 verzichtet werden.

42	VI	-66-	66001	Sondernutzungssatzung, neuer Gebührentatbestand "Postablagekästen" und Anpassung/ Erhöhung der Sondernutzungsgebühren	150.000	285.000	200.000	240.000	240.000	Durch die Änderung und Ergänzung der Sondernutzungs-/gebührensatzung sind nachhaltig höhere Einnahmen zu erwarten. Ansatz 2012 = 150.000 € Ansatz 2013 = 200.000 € Ansatz 2014+2015 = je 240.000 € (siehe lfd.Nr. 58)
43	II / VI	-23- -60- -66-		Erhöhung der Entgelte in der Tarifordnung für die bürgerlich-rechtliche Nutzung an öffentlichen Straßen						Durch eine Überarbeitung mit entsprechender Anpassung der Entgelte sind höhere Einnahmen zu erzielen. Die Satzung soll noch in 2013 in Kraft treten. Mehrerträge werden bei lfd.Nr. 42 abgebildet.
Zwischensumme Maßnahmen aus 2012:					246.500	310.000	225.000	265.000	265.000	
Neue Konsolidierungsvorschläge ab 2013										
44	II	-23-	23001	Pachtzinsanpassung für städtische Grabelandflächen				10.000	10.000	Durch eine allgemeine Anhebung der Pachtentgelte für die Nutzung städtischer Flächen als Grabeland (ausgenommen sind Gärten in Kleingartenanlagen) sind dauerhaft Mehreinnahmen von ca. 16.000 € zu erwarten. Die Anhebung wird in 2 Stufen (zum 1.4.2014 sowie zum 1.4.2016) von jeweils 15 % des bisherigen Pachtzinses erfolgen.
45	VI	-66-	66002	Öffentlich-rechtliche Verwaltungsgebühren (Straßenverkehrsbehörde)	250.000	338.600	300.000	310.000	310.000	Durch Neukalkulation des Zeitaufwandes im gesetzlich möglichen Gebührenrahmen sind Gebührenmehrerträge zu erwarten (siehe lfd.Nr. 58)
Zwischensumme Neue Maßnahmen aus 2013:					250.000	338.600	300.000	320.000	320.000	
Summe aller Beträge					26.253.750	28.652.020	24.345.098	25.576.950	25.536.950	

Konsolidierungsvorschläge im Rahmen des Entschuldungsfonds ab 2013										
Lfd. Nr.	Dez.	Amt	Teil-HH	Vorschlag	Betrag 2013	Betrag 2014	Betrag 2015	Betrag 2016	Betrag 2017	Bemerkungen
Aufwandsreduzierungen - Schließung von städtischen Einrichtungen										
46	I	-41-		Schließung der Stadtteilbibliotheken Bad Wilhelmshöhe, Kirchditmold und Fasanenhof und Neukonzeption der Schul-Stadtteilbibliotheken		288.500	360.000	360.000	360.000	Die erste Ersparnis durch Wegfall von Personal- und Sachkosten wird für 2014 erwartet. Es wurden für 2014 die Arbeitsplatzkosten von 4 VZÄ berücksichtigt. In 2014 kann die Einsparung von 360.000 € noch nicht in vollem Umfang erreicht werden.
47	I	-41-		Verkauf des Gebäudes der Stadtteilbibliothek Bad Wilhelmshöhe			170.000			Hieraus könnte sich ein a.o. Ertrag in 2015 in Höhe von geschätzten 170 T€ ergeben.
48				Aufgabe der städtischen Nutzung (ohne Sporthalle) Heinrich-Steul-Schule			Betrag noch nicht ermittelt			Gebäude und Grundstück sollen verkauft werden.
Aufwandsreduzierungen - Rückführung von Leistungen										
49	alle	-11-		Rückführung der Ausbildung auf den eigenen Bedarf			250.000	250.000	250.000	Ausbildung nur noch für den Eigenbedarf. Mögliche Ersparnis ab 2015 von 250 T€ jährlich.
50	III	-52-		Einstellung finanzieller Förderung professioneller Sportveranstaltungen		50.000	50.000	50.000	50.000	Verzicht auf städt. Förderung z.B. Kassel-Marathon, DLM ab 2014.
51	III	-52-		Einstellung "Ball des Sports"	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	Es wird nur noch eine Sportlehre ohne Ballcharakter geben.
Ertragsverbesserungen										
52	VI	-65-		Entgelte für das Parken auf städt. Grundstücken (inkl. Schulen) für dienstl. anerkannte PKW und Privatfahrzeuge		144.000	144.000	144.000	144.000	Ausweitung der Entgeltspflicht.
53	VI	-66-		Erhöhung der Parkgebühren und Erweiterung der bewirtschafteten Flächen		1.200.000	1.200.000	1.200.000	1.200.000	Umsetzung erfolgt nach Änderung der Parkgebührenordnung
54	II	-20-		Erhöhung der Spielapparatesteuer	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	
55	V	-51-		Erhöhung der Erträge, z.B. im Bereich des Unterhaltsvorschusses im Jugendamt um 10%	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	
56	V	-51-		Prüfung der Änderung der BTO Kita incl. Essen		250.000	250.000	250.000	250.000	
57	VI	-67-		Energetische Verwertung von Grünabfall		50.000	50.000	50.000	50.000	
58	VI			Erhöhung von Gebühren im Dezernat VI		100.000	100.000	100.000	100.000	von -66- : davon 40.000 € für Nr. 42 (Sondernutzungsgebühren) sowie 10.000 € für Verw.-Gebühren -siehe neue Konsolidierungsvorschläge-

Städtische Beteiligungen / sonstige Finanzen											
59	II	-20-		Ausschüttung der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft ab 2019							Ab 2019 wird mit einem Ausschüttungsbetrag von 700 T€ jährlich gerechnet.
60	II	-20-		Reduzierung des Zinsaufwands aufgrund der Teilnahme am Schutzschirm	1.000.000	1.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000		
Gesamtsumme Maßnahmen ab 2013:					1.710.000	3.792.500	5.284.000	5.114.000	5.114.000		